

AUFSÄTZE

Was ist von der Reform der Bundeswehr zu erwarten?*

Klaus Naumann

Einleitung

Die Bemühungen des Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg um die Reform der Bundeswehr, insbesondere die Entscheidung, die Wehrpflicht auszusetzen, haben das allgemeine Desinteresse an der Bundeswehr aufgelöst und die seit dem Ende des Kalten Krieges und mit der Einheit Deutschlands überfällige Diskussion über die deutsche Sicherheitspolitik angestoßen. Das gelang bislang noch keinem Verteidigungsminister, obwohl dies spätestens nach 9/11, als die Welt sich so dramatisch veränderte, hätte geschehen müssen. Dies ist sicher ein Verdienst des früheren Verteidigungsministers zu Guttenberg, dem es aber nicht mehr gelang, sein Haus zu bestellen. Es ist daher richtig, dass Minister Thomas de Maizière sich erst einmal Zeit nimmt und Weisung erteilt hat, die Gesamtheit der Reformschritte in einem zusammenhängenden Konzept zusammen zu fassen. Bislang drehte sich die Diskussion – wie so oft – nur um Personalumfänge und um die Wehrpflicht, die aber ist nur ein Instrument zur Erfüllung des Verfassungsauftrages nach Art. 87 GG. Die Diskussion um die Finanzen hat begonnen, und es ist durchaus zu befürchten, dass dem eine Diskussion um Standorte, vielleicht noch um Aufträge an die deutsche Industrie folgen wird, obwohl weder die Gegenwart der Bundeswehr in der Fläche noch die Auftragsbücher der Industrie, die für die Gestaltung moderner Streitkräfte ausschlaggebenden Faktoren sein dürfen, auch übrigens nicht die Kassenlage, wie die Kanzlerin Angela Merkel, wie einst Bundeskanzler Helmut Kohl, mehrfach betont hat, auch wenn sie sich im Zweifelsfall so wie er nicht daran erinnern wird. Die Diskussion müsste mit Fragen beginnen wie: Gegen welche Gefahren muss sich Deutschland schützen, welche Verpflichtungen gegenüber NATO, EU und auch UN hat unser Land zu erfüllen und kann es uns gelingen, durch diese Reform den im letzten Jahrzehnt dramatisch gesunkenen Einfluss Deutschlands in der NATO wieder zu stärken und einen Beitrag zur weiteren Integration Europas zu leisten? Ich möchte diese Fragen beantworten und daraus eine Antwort auf die Frage mei-

* Vortrag bei der Tagung des Krone/Ellwanger-Kreises am 22. Januar 2011 in Schloss Eichholz.

nes Themas entwickeln: Was ist von der Reform der Bundeswehr zu erwarten, also welche Chancen bietet sie und welche Risiken bestehen?

Doch bevor ich dies tue und dabei auch Fehlentwicklungen und Versäumnisse des letzten Jahrzehnts anspreche, möchte ich doch noch ein Wort zur Wehrpflicht sagen. Ich tue dies als Bürger und Soldat, der die Allgemeine Wehrpflicht stets für richtig gehalten hat, der vermutlich ohne die Wehrpflicht nicht Soldat geworden wäre und dem es schwer fiel, die in der gegebenen Lage richtige Entscheidung des Verteidigungsministers zu befürworten. Deutschland hat im Herbst 2010 nach 55 Jahren Bundeswehr und abgehend von einer fast durchgehend anhaltenden 200-jährigen Tradition seine Verteidigungspolitik dramatisch verändert und den Grundwehrdienst ab Sommer 2011 ausgesetzt, obwohl die Wehrpflicht sich gerade in der Bundeswehr bewährt hat. Sie hat geholfen, die Bundeswehr rasch aufzustellen und sie im Kalten Krieg zu einer der schlagkräftigsten Armeen Europas zu machen. Sie trug dazu bei, die Bundeswehr, die erste und einzige Wehrpflichtarmee einer deutschen Demokratie, zu einem der großen Erfolge der alten Bundesrepublik zu machen. Zum ersten Male gelang es, den Grundgedanken unseres Grundgesetzes, den Bürger durch rechtsstaatliche Ordnung vor der Macht des Staates zu schützen, mit dem unersetzlichen Funktionsprinzip aller Streitkräfte der Welt, Befehl und Gehorsam, zu versöhnen und diesen Schutz dem als Soldat dienenden Bürger zu gewähren. Das ist der Kern der Inneren Führung, und so entstand der Staatsbürger in Uniform. Diese Ordnung bewährte sich, als es vor zwanzig Jahren galt, die Armee einer Parteidiktatur, die NVA (Nationale Volksarmee) der früheren DDR, aufzulösen und ihr Personal zum Teil in die Armee der Einheit zu integrieren.

Millionen von Deutschen haben seit 1955 als Wehrpflichtige gedient, Tausende von ihnen fanden aus dem Grundwehrdienst den Weg in die Streitkräfte und dienen nun als Offiziere oder Unteroffiziere. Geprägt durch die Bedingungen der Wehrpflicht, aber keineswegs auf die Wehrpflichtigen beschränkt, wurde Innere Führung regelrecht zum Exportschlager als die Diktaturen des Warschauer Paktes zerbrachen und es dort galt, Streitkräfte in Demokratien zu schaffen und sie parlamentarischer Kontrolle zu unterwerfen. Die Wehrpflicht hatte aber auch eine äußerst wertvolle gesellschaftspolitische Funktion, ist sie doch die nahezu einzige Pflicht, die unser Staat seinen jungen Männern als Preis für ein Leben in Freiheit und Frieden abverlangt. Durch die Wehrpflicht wurden alle Schichten der Bevölkerung zusammengeführt, es entstand eine feste Klammer zwischen Gesellschaft und Armee, mit der die Politik einen ständigen Einblick in das Innenleben der Streitkräfte hatte. Die Bundeswehr wurde so eine wahre Armee des Volkes, die Armee seiner Söhne. Sie blieb jung und im Volk verankert und sie führte nie ein Eigenleben.

Ihre Soldaten aller Ränge waren und sind Staatsbürger in Uniform. Das sind Vorteile, auf die zu verzichten schwer fällt, aber entscheidend ist eben die Bedingung, die der frühere Bundespräsident Roman Herzog bei einer von mir geleiteten Kommandeurtagung nannte: „Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit des Bürgers, dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet.“ Er sagte damals auch: „Ihre (der Wehrpflicht) Beibehaltung, Aussetzung oder Abschaffung und ebenso die Dauer des Grundwehrdienstes müssen sicherheitspolitisch begründet werden können.“

Diese Bedingungen sind nicht mehr erfüllt. Die Beurteilungen von Bundesregierung wie NATO sind eindeutig: „Eine unmittelbare territoriale Bedrohung Mitteleuropas und damit Deutschlands mit konventionellen militärischen Kräften besteht heute nicht mehr. Das wird ... auf absehbare Zukunft auch so bleiben.“ Keine politische Kraft in Deutschland ist anderer Ansicht. Man kann deshalb von den jungen Männern Deutschlands nicht länger das Opfer des Grundwehrdienstes verlangen. Das war auch schon so, als die Regierungskoalition ihren kaum begründbaren Beschluss fasste, die Dauer des Grundwehrdienstes von neun auf sechs Monate zu verringern. Das war der Todesstoß, er nahm dem Wehrdienst damit jeden Sinn und machte ihn zum sozialen Pflichtdienst mit der Möglichkeit, diesen auch mit der Waffe abzuleisten. Dort liegt die Wurzel des Übels und die politische Debatte, die dem in dieser Lage richtigen Vorschlag des Verteidigungsministers folgte, einen weder sinnvollen noch gerechten Dienst auszusetzen, war ebenso unehrlich heuchlerisch, es ist besser, sie nicht mehr zu erinnern. Deutschland reiht sich nun in die Mehrheit von 23 aus 28 NATO-Staaten ein, die die Wehrpflicht ausgesetzt oder abgeschafft haben. Sogar in Schweden, also da wo 1630 erstmals eine selektive Wehrpflicht eingeführt wurde, wurde sie im Jahr 2010 beendet.

Sorge macht allerdings die erst Ende März verabschiedete gesetzliche Grundlage der Aussetzung des Grundwehrdienstes in Verbindung mit nicht ausreichend klaren Bedingungen für eine künftige Mannschafts-Laufbahn und der unglaublich kurzen Zeit des Übergangs zu Freiwilligen-Streitkräften. Die Folge könnte ein deutliches Absinken der Personalstärke der Bundeswehr sein, möglicherweise auf rund 150.000 Soldaten. Dies wäre ein Einbruch, der erst nach Jahren, wenn überhaupt, aufgefangen werden könnte. Die Folge wäre, dass der Umfang von rund 185.000 Soldaten über Jahre hinweg nicht erreichbar wäre. Das könnte zu unerwünschten Folgen für den Fortbestand von Truppenteilen und Standorten führen.

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht ist nun die Zeit gekommen, über das gebotene Maß an Schutz, über deutsche Verpflichtungen gegenüber UN, NATO und EU, über die Folgen der seit 1992 anhaltenden

Unterfinanzierung der Bundeswehr und über die ständige Auszehrung des Budgets durch die Verlagerung von Gehaltssteigerungen, Pensionen und Einsatzkosten in den Verteidigungshaushalt bei gleichzeitiger Erweiterung der Auslandseinsätze nachzudenken. Auch die hausgemachten Übel, wie die vor allem im letzten Jahrzehnt geschaffenen kopflastigen Strukturen, verfehlte Rüstungsentscheidungen oder die entgegen bereits getroffenen Entscheidungen immer noch überdimensionierte zivile Verwaltung der Bundeswehr, müssen nun angepackt werden. Dafür Lösungen zu finden, das beschreibt einen Teil der Chancen, aber auch der Risiken, die in der Reform der Bundeswehr liegen.

Teil des vom Minister in Auftrag gegebenen Gesamtkonzeptes für die Reform der Bundeswehr müssen nun die Antworten auf die offenen Fragen sein, wie beispielsweise: Wie gliedert man die Bundeswehr, wie rüstet man sie aus und ist eine solche Bundeswehr personell und finanziell machbar? Erst dann kann man bewerten, welches Restrisiko verbleibt und wie die Auswirkungen auf Deutschlands Stellung und Einfluss in NATO und EU sein werden. Erst dann können und müssen Regierung und Parlament entscheiden, wie viel sie für Verteidigung ausgeben wollen. Eines möchte ich aber schon hier sagen: Blicke es bei der heutigen Unterfinanzierung und würde es bei dem gegenwärtigen, unzureichenden Anteil für modernes Material bleiben, dann wäre es sinnlos, der Truppe erneut die Last einer wertlosen Reform aufzubürden. Die ursprüngliche finanzielle Auflage, eine so tief greifende Reform ohne jegliche Anschubfinanzierung anzugehen und ihr sogar noch abzuverlangen, die Sparauflage von 8,4 Mrd. bis 2014 zu erbringen, war eine Zumutung. Sie beizubehalten hätte bedeutet, dass die Reform gescheitert ist, bevor sie begonnen hat.

Die Streckung des Sparzieles um ein Jahr ist eine Erleichterung, doch möglicherweise auch nicht ausreichend. Die politische Dimension ist, dass dann die Verteidigungspolitik von einer Regierung, die sich bei Banken großzügig zeigte und beim Abbau von Subventionen zögerlich, nach Kassenlage betrieben würde. Die Chance zur Reform des wichtigsten Instruments deutscher Sicherheitspolitik und zur Stärkung des nach Libyen angeschlagenen deutschen Einflusses in NATO und EU würde verspielt. In den Augen vieler Soldaten und ihrer Angehörigen würde diese Regierung dann als diejenige im Gedächtnis bleiben, die die Bundeswehr mehr beschädigt hat als jede ihrer Vorgängerinnen.

Risiken und Gefahren

Deutschland hat den Risikobewertungen der NATO und der EU stets zugestimmt, so zuletzt im November letzten Jahres, als die Bundesregierung dem

Strategischen Konzept der NATO auf dem Gipfel von Lissabon zustimmte. Abweichende Ansichten der Opposition habe ich nicht feststellen können, sieht man einmal von der notorischen Verantwortungsverweigerung der Linkspartei ab.

Die NATO hat in Lissabon nochmals festgestellt, dass die Gefahr eines Angriffs auf die NATO als Ganzes gering ist, weil niemand die NATO militärisch besiegen könnte. Die NATO betont aber, dass es Gebiete und Staaten gibt, in denen in beträchtlichem Maße gerüstet wird, dass die Weitergabe von ballistischen Raketen ebenso wenig zu leugnen ist wie die Gefahr der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und dass daraus Gefahren auch für das NATO-Gebiet entstehen können. Das Konzept erwähnt die Gefahren, die von Terrorismus, organisierter Kriminalität und Extremismus ausgehen, und es stellt die Verwundbarkeit moderner Gesellschaften gegenüber Cyber Attack und ihre Abhängigkeit von sicheren Transport- und Versorgungswegen heraus.

Fasst man dieses Bild zusammen, dann hat die NATO als Konfliktursachen der Zukunft Ressourcenmangel und Klimawandel erwähnt, hat erstaunlicherweise den demographischen Wandel nicht erwähnt und hat als Konfliktformen feindliche Handlungen von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, geführt mit oder ohne Massenvernichtungswaffen und unter Nutzung von elektronischer Kriegsführung, benannt.

Die NATO hat sich in Lissabon mit deutscher Zustimmung entschieden, diesen Gefahren, aber auch Instabilitäten, die sich durch zerfallende Staaten ergeben können, auch künftig gemeinsam entgegenzutreten und hat sich deshalb zu drei Kernaufgaben durchgerungen:

- Kollektive Verteidigung und Abschreckung, ohne auszuführen, wie man nicht-staatliche Akteure abschrecken kann, und ohne zu definieren, was Verteidigung im 21. Jahrhundert heißt;
- Krisenbewältigung einschließlich Verhinderung von Proliferation und von Terrorismus;
- Kooperative Sicherheit, was bedeutet, dass keiner der künftigen Konflikte allein mit militärischen Mitteln zu lösen sein wird und dass die NATO auf die Zusammenarbeit mit anderen, allen voran der EU und Russland angewiesen ist.

Diese Aufgaben will die NATO auch künftig gemeinsam für das gesamte Vertragsgebiet, durch unteilbare Sicherheit für alle Partner und auf der Basis gemeinsam getragener Lasten und geteilter Risiken bewältigen. Die NATO hat in Lissabon unterstrichen, dass sie sich gegen niemanden richtet, hat aber auch betont, dass sie zwar das Ziel der globalen Beseitigung aller Atomwaffen teilt, aber an Atomwaffen festhalten wird, so lange es Atomwaffen gibt.

Daraus folgt, dass die Staaten am Rande des NATO-Gebietes besonders gefährdet sind und deshalb von allen die Bereitschaft und die Fähigkeit zu fordern ist, diesen solidarischen Beistand zu leisten. Landesverteidigung verliert damit die Bindung an das eigene Staatsgebiet, Bündnisverteidigung ist Landesverteidigung, und Landesverteidigung ist immer auch Bündnisverteidigung. Durch das Prinzip, den Risiken dort zu begegnen, wo sie entstehen, das schon das Weißbuch 2006 betont hatte, soll erreicht werden, dass Gefahr für das Bündnisgebiet und seine Bürger gar nicht erst entstehen kann.

Daraus folgt, dass Deutschland nicht nur, aber vor allem mit der Bundeswehr insbesondere Beiträge leisten muss zum Schutz vor Raketen- und Luftangriffen mit und ohne ABC-Waffen, zum Schutz der Seewege und zu Einsatzkräften von NATO oder EU, die an den Grenzen des NATO-Gebietes oder darüber hinaus Gefahren vorbeugend bekämpfen. Daraus ergeben sich die künftigen Kernfähigkeiten der Streitkräfte, es ergeben sich daraus aber auch zahlreiche Forderungen an die Zusammenarbeit mit allen Sicherheitskräften und mit nicht militärischen Organisationen, und es entstehen Folgerungen für parlamentarisch-politische Entscheidungsprozesse.

Das Konzept

Will man diesen Forderungen entsprechen und somit deutschen Einfluss in der NATO stärken, zumindest aber wahren, dann braucht man rasch verfügbare und schnell einsatzbereite, schlank gegliederte, straff geführte und modern ausgerüstete Streitkräfte, die schnell im gesamten NATO-Gebiet und darüber hinaus verlegbar sind, die im gesamten Spektrum von intensiven Kampfhandlungen bis hin zu Stabilisierungseinsätzen und Katastrophenhilfe verzugsarm einsetzbar sind, und die mit verbündeten Streitkräften uneingeschränkt kooperieren können. Vergleicht man diese Forderung mit der heutigen Bundeswehr, die im vergangenen Jahrzehnt nicht den Kurs der 1990er Jahre fortsetzte, sondern immer kopflastiger wurde, dann ist der Reformbedarf unabweisbar, und es wird erneut deutlich, dass die Entscheidung, die Wehrpflicht auszusetzen, richtig ist, denn Forderungen dieser Art sind mit Wehrpflichtigen nicht zu bewältigen, ihr Einsatz wäre unverantwortlich.

Die Bundesregierung hat im Dezember letzten Jahres entschieden, den Personalumfang der Bundeswehr mit bis zu 185.000 Soldaten und 55.000 Zivilbediensteten festzulegen.

Unter den Soldaten sollen bis zu 15.000 kurz dienende Freiwillige mit einer Dienstzeit zwischen neun und 23 Monaten sein. Diese Größenordnung erscheint vor dem Hintergrund der Aufgaben richtig und im europäischen Kontext gesehen angemessen.

Gegenwärtig werden die Einzelheiten für die Gliederung der Teilstreitkräfte erarbeitet. Als Vorgabe wurde festgelegt, dass die Zahl der sofort einsetzbaren Soldatinnen und Soldaten rund 15.000 und damit etwas mehr als doppelt so viel wie gegenwärtig betragen soll. Will man Einsätze dieser Größenordnung über längere Zeit durchhalten können, dann braucht man ungefähr die dreifache Menge an Soldaten, die modern und identisch ausgerüstet und bewaffnet sein sollten.

Eine andere Größenordnung ist der sogenannte Ausbildungsumfang, also die Zahl von Soldaten, die in Ausbildung sind oder die als Ausbilder gebraucht werden. Der Generalinspekteur geht davon aus, dass dazu etwa 40.000 Soldaten erforderlich sind.

Zwischen diesen beiden gesetzten Größen muss die Ausplanung der Strukturen erfolgen und es ist ein Personalstruktur-Modell zu entwickeln, das sich vom gegenwärtigen deutlich unterscheiden muss, weil eine Armee aus Freiwilligen und Berufssoldaten eine veränderte Schichtung von Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren aufweisen muss. Damit sind viele noch offene Fragen verbunden, wie: Kann es bei den gegenwärtigen Besoldungen bleiben, welche Anreize kann und muss man schaffen und was kosten diese, kann es gelingen, einen jährlichen Ergänzungsbedarf von 17.000 Soldaten in einer immer älter und kleiner werdenden Gesellschaft zu decken und wird der freiwillige Dienst angenommen werden? All diese Fragen führen zu Kosten, die in der Gesamtheit aller Personalkosten und aller Betriebsausgaben aber nicht mehr als höchstens 70 Prozent des Verteidigungshaushaltes ausmachen dürfen, damit ein Anteil von mindestens 30 Prozent für Investitionen in Material, Infrastruktur und Forschung und Entwicklung bleibt.

Risiken der Reform

Damit habe ich einen Teil der Risiken im personellen Bereich angedeutet und zugleich gesagt, dass man das Risiko, ob diese Planungen personell realisierbar sind, zur Zeit noch nicht abschätzen kann.

Politisch schwerer dürften jedoch die finanzplanerischen Risiken wiegen. Dem Verteidigungsminister wurden durch den Beschluss des Kabinetts zum Haushalt 2011/44. Finanzplan vom 7. Juli 2010 folgende Globale Minderausgaben auferlegt: 838 Mio./2011, 1,240 Mio./2012, 2,484 Mio./2013, 4,334 Mio./2014, insgesamt also 8,8 Mrd. bis zum Jahr 2014.

Der Bericht des Generalinspektors Ende August schlug einen Umfang der Bundeswehr von 156.000 Zeit- und Berufssoldaten und 7.500 freiwillig Wehrdienst leistende Soldaten (FWDL) vor und stellte fest, dass die dann verbleibenden, durch Reduzierung der Zahl der Soldaten nicht zu erreichenden

Einsparungen in den Jahren bis 2014 folgende seien: 2011: 532 Mio., 2012: 190 Mio., 2013: 1,057 Mio., 2014: 2,699 Mio., insgesamt also 4,478 Mio.

Der im Dezember 2010 entschiedene höhere Personalumfang von 14.000 zusätzlichen Zeit- und Berufssoldaten und 7.500 weiteren FWDL bedeutet Mehrkosten von rund 500 Mio./Jahr und zeigt, dass der Kabinettsbeschluss vom Dezember wohl kaum in Einklang mit der Finanzvorgabe vom Juli 2010 zu bringen ist.

Hinzukommt, dass die durchaus richtige und längst überfällige Reduzierung des viel zu umfangreichen Zivilpersonals von gegenwärtig 104.000 (nach Abzug Altersteilzeit usw.: 81.000/Zielstruktur 2010: 76.200) auf 55.000 (Weise-Kommission¹: 50.000) vermutlich erst weit nach 2014 zu erreichen sein wird. Im Bericht des Generalinspektors wurde festgestellt, dass bei konsequenter Reduzierung des Zivilpersonals in den Jahren 2011 bis 2014 nicht mehr als 233,6 Mio. insgesamt einzusparen seien.

Aus diesem Exkurs möchte ich festhalten, dass die Auflagen des Finanzplans mit Personaleinsparungen allein nicht zu erfüllen sind. Die zwischenzeitlich erfolgte Streckung der finanziellen Auflagen um ein Jahr ist daher ein erster, allerdings möglicherweise nicht ausreichender Schritt. Ich merke an, dass die Reduzierung der Zeit- und Berufssoldaten um rund 30.000 natürlich auch nicht von heute auf morgen erfolgen kann, sondern vermutlich in einem Zeitraum von etwa fünf Jahren zu vollziehen sein wird, dann aber in den Jahren nach dem Finanzplan, also ab 2015, eine dauerhafte Entlastung des Haushaltes um circa 1,5 Mrd./Jahr bringen wird. Vielleicht liegt hier der Schlüssel zum Kompromiss im Streit um die Finanzvorgabe. Ein Festhalten an den Personalumfängen des Kabinettsbeschlusses vom Dezember 2010 und der Einsparauflage würde bedeuten, dass der Verteidigungsminister aus den Ausgabenbereichen Investitionen und Betrieb mindestens 5 Mrd. in den Jahren bis 2014 zu erwirtschaften hätte. Angesichts der Tatsache, dass die Bundeswehr im Einsatz steht und vor dem Hintergrund der Bindungsstände in den Großprojekten wie Eurofighter, Airbus A400M, Transporthubschrauber NH 90, Kampfhubschrauber Tiger und der verschiedenen Marineprojekte sowie der riesigen Summen im Bereich IT halte ich es für ausgeschlossen, dass der Minister der Auflage entsprechen kann. Wer darauf besteht, muss entweder

1 Der Bundesminister der Verteidigung, Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, hat die Strukturkommission am 12. April 2010 als einen Baustein zur grundlegenden Erneuerung der Bundeswehr eingesetzt. Hauptaufgabe dieser Reform ist es, die Konzentration auf Kernaufgaben, mehr Flexibilität und höhere Effizienz in der Bundeswehr zu erzielen und dadurch die Bundeswehr als wirksames Instrument unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken. Vorsitzender ist Dr. h. c. Frank-Jürgen Weise (Vorsitzender des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit).

völlig freie Hand bei der Neuverhandlung abgeschlossener Verträge mit dem Ziel der Streichung erheblicher Stückzahlen geben oder er muss bereit sein, die Einsparungsaufgabe auf der Zeitachse zu strecken. Auf ihr zu beharren, hätte unweigerlich zum Scheitern der Reform geführt.

In der finanzplanerischen Dimension sehe ich unverändert das größte Risiko, das nun allerdings durch die Gefahr absinkender Personalumfänge sogar noch erhöht wird. Es kann sogar noch wachsen, wenn man auf allen getroffenen Rüstungsentscheidungen beharrt, da durch sie enorme Betriebskosten und damit den Investitionsspielraum einengende Belastungen für die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte entstehen. Dies wäre fatal, denn die erkennbare technische Entwicklung ist durch vielfache Möglichkeiten gekennzeichnet, die Wirksamkeit zu erhöhen, den Schutz der Soldaten im Einsatz zu vergrößern und Personal einzusparen, vor allem aber zu neuen Formen und Wegen europäischer Zusammenarbeit zu finden. Es wäre schlimm, wenn Deutschland jetzt Fehlentscheidungen treffen würde, die die Hände der Verteidigungsminister des nächsten Jahrzehnts binden.

Das politische und planerische Risiko dürfte allerdings noch weiter wachsen, wenn der Minister im Herbst 2011 nach seiner Entscheidung über die Strukturen daran gehen muss, die Zahl der Standorte erneut deutlich zu verringern und diesmal hoffentlich weniger nach Wünschen der Länder als nach Gesichtspunkten wie Effektivität und Attraktivität zu entscheiden. Der Widerstand gegen die Aufgabe so manchen wirklich unsinnigen Standorts wird gewaltig sein, und jeder Kompromiss verringert die Chance auf Einsparung. Großes Geld lässt sich mit den Standorten allerdings kaum sparen, vor allem nicht schnell, dennoch bietet ein Schrumpfen auf weniger, aber sinnvollere Standorte in meinen Augen mehr Chancen für die Streitkräfte wie die Länder als ein Festhalten an den gegenwärtigen vielfach unzweckmäßigen Lösungen.

Soweit die Risiken, doch nun zu den Chancen.

Chancen der Reform

Ich sehe in der Umstellung auf eine Freiwilligenarmee große Chancen, den Einfluss Deutschlands in NATO und EU wieder auf den Stand der 1990er Jahre zu heben. Damals wurde in der NATO nichts gegen den Willen Deutschlands entschieden, ja wir waren sogar in der Lage, die Entscheidungen im Vorfeld so zu lenken, dass unsere Politiker keine Probleme hatten, sich dem Konsens anzuschließen. Einen Einbruch erlebten wir allerdings durch unsere anfängliche Haltung in den jugoslawischen Sezessionskonflikten. Heute, in Kenntnis der Person des Hauptschuldigen, Slobodan Milošević, die ich damals nicht hatte, sage ich, Deutschland hat durch sein Zögern damals Fehler gemacht.

In der NATO wie auch in der EU zählt nur, wer sich einbringen kann, wer nicht nur Formeln findet, sondern diese auch durch Handeln untermauern kann. Die Zeit Genscherscher Floskelpolitik ist in der globalisierten Welt von heute unwiderruflich vorbei. Heute zählt nur, wenn die gute Idee durch den Willen und die Fähigkeit zu entschlossenem Handeln untermauert wird. Der Verteidigungsminister will dies mit seinen Vorschlägen möglich machen, und ich sehe darin eine gewaltige strategische Chance für Deutschland. Man wird das in Berlin möglicherweise negieren, aber der Eindruck, dass Deutschlands Stimme an Gewicht verloren hat, ist kaum von der Hand zu weisen, vor allem weil Deutschland meist nur reagiert, während wir früher die Gestalter waren.

Nehmen Sie nur die Idee einer europäischen Aufgabenteilung, die Minister zu Guttenberg zusammen mit Schweden in die Diskussion eingeführt hat. Sie bedeutet, dass man neue Aufgaben oder solche, die das Leistungsvermögen einer Nation auch von der Größe Deutschlands überfordern, wie zum Beispiel die Nutzung unbemannter Flugzeuge im vollen Spektrum von der Aufklärung bis zum Luftangriff, künftig gemeinsam mit anderen Nationen wahrnimmt. Darin liegt eine echte Chance für das weitere Zusammenwachsen Europas, bottom up, denn die Idee top down eine europäische Armee zu schaffen, wird auch im kommenden Jahrzehnt nicht durchsetzbar sein. Dazu braucht unser Land planerischen Spielraum, es braucht politische Glaubwürdigkeit, die durch Entscheidungen wie die zwischenzeitlich korrigierte AWACS-Entscheidung vom Januar und nun das Verhalten in der Libyen-Frage allerdings schwer beschädigt wird, und es braucht den Willen, auch politisch heilige Kühe wie den Parlamentsvorbehalt den Realitäten des 21. Jahrhunderts anzupassen. Ich füge an, jede gemeinsame Lösung der Europäer erhöht auch das Gewicht Europas in den USA und könnte sogar die Tür zu transatlantischer technischer Zusammenarbeit öffnen. Damit könnte man vielleicht den Spalt in der Türöffnung, der sich aus Euro Hawk und AGS (Alliance Ground Surveillance = Programm der NATO zum Aufbau einer Fähigkeit zur Gefechtsfeldaufklärung und -überwachung unter Nutzung unbemannter Luftfahrzeuge vom Typ RQ-4B Global Hawk) ergibt, nutzen und erweitern.

In der Reform sehe ich auch eine Chance, endlich schlanke Strukturen zu schaffen. Die Vorschläge des Ministers zur Reorganisation des Bundesministerium der Verteidigung halte ich für grundsätzlich zweckmäßig, auch wenn der erste Entwurf keine Stärkung, sondern eine Schwächung des Generalinspektors nach sich gezogen hätte und ich auch die Entscheidung bedauere, es bei zwei beamteten Staatssekretären zu belassen. Ich finde es allerdings richtig mit der Umgliederung an der Spitze zu beginnen und hoffe, dass die Linie der Verschlankung sich nach unten fortsetzt.

Die heute bestehenden Führungsebenen müssen reduziert werden. In meinen Augen wäre es durchaus möglich, zwischen dem Einsatzführungskommando und dem deutschen Kontingent in Afghanistan oder sonst wo nicht mehr als eine weitere Kommandobehörde zu haben und die Führung insgesamt nach dem in der NATO bewährten Prinzip supported : supporting zu organisieren. Damit hätten die künftigen Kommandos der Teilstreitkräfte, auch eine richtige Entscheidung, die in den 1990er Jahren leider nicht durchsetzbar war, eine klare Aufgabe: Sie einschließlich der Streitkräftebasis bilden für den Einsatz aus und übergeben dann die Verantwortung für den Einsatz an den Generalinspekteur. Hätte dann in einer vermutlich fernen Zukunft noch jemand den Mut, den Anachronismus der Trennung von Truppe und Verwaltung nach Art. 87 GG anzupacken, dann hätte man eine Chance, Kopflastigkeit dauerhaft zu beseitigen und damit langfristig zusätzliche Einsparungen zu erzielen.

Eine weitere große Chance der Reform liegt in der Durchforstung und Neugestaltung von Rüstung und Beschaffung. Die Vorschläge der Weisekommission sollten so schnell wie möglich und so weitgehend wie möglich umgesetzt werden. Die Beschaffungsverfahren sind viel zu langsam, es wird durch den Rüstungsbereich viel zu wenig auf Vorhandenes aufmerksam gemacht und deshalb wird zu oft aufwändig neu entwickelt, was der Industrie mehr als recht ist, anstatt die Truppe sofort mit auf dem Markt verfügbarem Material auszustatten, das vielleicht anfänglich nur 70 Prozent der gewünschten Leistung bringt. Jeder Truppenführer wird aber sagen: Besser jetzt 70 Prozent, als zu hoffen, in fünf Jahren 85 Prozent zu einem deutlich höheren Preis zu bekommen. Im Rüstungsbereich und in der Industrie muss endlich vom Einsatz her gedacht werden, doch die Zeitabläufe spiegeln noch immer Muster des Kalten Krieges wider. Würde man die Beschaffungsplanung insgesamt noch einmal auf den Prüfstand stellen, dann wären andere Entscheidungen zu erwarten als die in den letzten 15 Jahren getroffenen. Das wird leider vermutlich kaum möglich sein, obwohl es letztlich auch im Interesse unserer Industrie wäre. Doch für den Minister bietet die Überprüfung der Entwicklung und der Beschaffung im Rahmen der Strukturplanung eine gute Chance sich einerseits auf das zu konzentrieren, was die Truppe im Einsatz braucht, also besseren Schutz bis hin zu zeitgemäßem ABC-Schutz, auf Bekleidung und Ausrüstung, die die Durchhaltefähigkeit erhöht, auf die Befähigung zu Netzwerk zentrierten Operationen, die 24 Stunden am Tag/7 Tage pro Woche Informationsüberlegenheit garantieren und die Fähigkeit bieten, aus dem Abstand den Feind präzise zu treffen. Andererseits würde eine solche Überprüfung es erlauben, sich auf die Felder zu konzentrieren, wo künftig Schutz wie Wirkung zu erzielen sind: Nano-Technologie, Robotik, Bio-Chemie, neue Antriebe, neue Sensorik und Cyber Operations.

Schlusswort

In meinen Augen bietet der eingeleitete Reformprozess mehr Chancen als Risiken, wenn man denn zulässt, dass er als Reform gestaltet wird.

Würde dem Minister die Chance verwehrt, einen Gesundungsprozess der Bundeswehr einzuleiten, dann ist die Gefahr, die Bundeswehr dauerhaft zu beschädigen, groß. Es muss deshalb erlaubt sein, über Anschubfinanzierung ebenso nachzudenken, wie über ein Hinausschieben der Einsparauflage auf der Zeitachse. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch anführen, dass man in Europa im Durchschnitt im Jahre 2009 1,67 Prozent des Bruttosozialprodukts für Verteidigung ausgab, in Deutschland dagegen allenfalls 1,4 Prozent, obwohl unser Land nach wie vor zu den reichsten und wirtschaftlich stabilsten in Europa gehört. Wäre die Bundesregierung also nicht bereit, die Frage einer grundlegenden Reform der Bundeswehr mit etwas Flexibilität in den Finanzvorgaben zu begleiten, dann würde man in ganz Europa annehmen müssen, dass der deutschen Regierung moderne Streitkräfte nicht viel bedeuten. In der Folge dürfte sich dann niemand wundern, wenn Deutschlands Gewicht in NATO und EU noch weiter abnehmen würde.

Es wäre deshalb wünschenswert, wenn alle am Entscheidungsprozess Beteiligten stets im Auge behielten, dass sie über das wohl auch in der Zukunft wichtigste Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik befinden. Nur mit einer leistungsfähigen, zum Einsatz auch in intensiven Kampfhandlungen fern der Heimat befähigten Bundeswehr kann es gelingen, Deutschlands Stimme in der NATO wie in der EU zu Gehör zu bringen, die Integration Europas voranzubringen, also nicht zum Vollzugsgehilfen britisch-französischer Ideen zu werden, und würde es möglich sein, gemeinsam mit unseren Partnern in Europa, Europas Gewicht in dem von den deutschen Medien voreilig als Weltmacht im Niedergang abbeschriebenen, aber für die Stabilität Europas und die Zusammenarbeit mit Russland noch immer und auch künftig unentbehrlichen Washington geltend zu machen. Diese große Perspektive sollte man im Auge behalten, wenn man in der Diskussion um die Zukunft der Bundeswehr über die kleinen Schrauben im Getriebe wie Finanzen, Standorte oder Rüstungsvorhaben befinden muss. Deshalb kann es auch nur eine Bitte eines „alten“ Soldaten an alle in der Politik Handelnden geben: Unterstützen Sie bitte den Verteidigungsminister, er will das Richtige, kann es aber nur erreichen, wenn ihm alle helfen, die ernst nehmen, was die Pflicht Nummer 1 eines jeden Staates ist und bleibt: Den Schutz seiner Bürger vor Gefahren aller Art auch in den turbulenten Jahren vor uns zu gewährleisten.